



Mehr als 2000 Studierende von Jenaer Bildungseinrichtungen demonstrierten gegen Studiengebühren und BaföG-Verzinsung.

## Kommt sie oder kommt sie nicht?

### Und wenn ja, wann kommt sie – die 22. BAföG-Novelle?

Im **Dezember** 2006 überraschte das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit dem Referententwurf der 22. BAföG-Novelle. In ihr sollten, selbstverständlich kostenneutral, wie das im Bildungsbereich üblich ist, folgende Bereiche neu geregelt werden: ein Zuschlag für Kinder von Studierenden, die Förderungsfähigkeit von Studiengängen innerhalb der EU vom ersten Semester an und die Ausweitung der Förderung ausländischer Studierender auf jene mit dauerhafter Aufenthaltsperspektive.

Die **Zeche** sollten Studierende des zweiten Bildungswegs bezahlen, die nunmehr im Kolleg oder Abendgymnasium nicht mehr elternunabhängig gefördert würden. Auch Studierende im Ausland sollten ihre Zuschläge nicht mehr als Zuschuss, sondern nur noch hälftig als Zuschuss/Darlehn bekommen. Die Übernahme von Studiengebühren, um ein Studium in der EU zu beenden, wäre auch entfallen.

Die **Angst** der Länder, die Klientel für

die vielerorts neu geschaffenen Berufskollegs zu verlieren, hat das Gesetzgebungsverfahren ins Stocken gebracht. Zeitgleich wuchs der Ruf nach einer dringend notwendigen Anhebung der Bedarfssätze und Freibeträge im BAföG. Diese sind seit 2002 nicht mehr an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten angepasst worden.

**Zur Zeit** wird eine Anhebung um fünf Prozent diskutiert. Selbst der BAföG-Beirat der Bundesregierung hatte jedoch gefordert, Freibeträge und Bedarfssätze um rund zehn Prozent anzuheben. Dies sei notwendig, um das Förderniveau des Jahres 2001 zu erreichen. Die mangelhafte oder verzögerte Anhebung, stets mit dem Argument der notwendigen Haushaltskonsolidierung verknüpft, ist ein beliebtes Spiel, wenn es um das BAföG geht. Die Kaufkraft des „Ur-BAföG“ 1971 von liegt weit über der des heutigen Höchstsatzes.

Das **Dilemma** für die von der Novelle Betroffenen ist, dass stets aufs Neue bei der Ankündigung einer Gesetzesände-

rung Hoffnungen und Ängste geschürt werden und Ämter die Bearbeitung und damit die rechtzeitige Auszahlung des dringend notwendigen BAföG stoppen, um nicht fehlerhafte Bescheide nach alter Rechtslage zu erlassen.

Die **fehlende** Anpassung der Bedarfssätze und Freibeträge führt zu weniger BAföG für weniger Auszubildende bei gleichzeitig steigenden Kosten für Studium (Stichwort: Studiengebühren) und Lebensunterhalt.

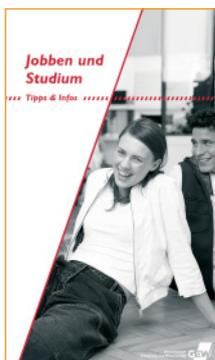
Die **GEW** hat in ihrer Stellungnahme zur 22. BAföG-Novelle anlässlich der Anhörung im Deutschen Bundestag am 21. Mai ihre Argumente ausführlich dargelegt.

*Udo Gödersmann, Sprecher Projektgruppe „Studentische Sozialpolitik“, GEW*

Argumente sind nachzulesen unter:

<http://www.gew.de/BAfoeG.html>

Studieren ist nicht gleich studieren. Viele Studierende müssen arbeiten, um Studium und Lebensunterhalt zu finanzieren: 30 Prozent länger als 16 Stunden pro Woche, da kann das Studium nur zu kurz kommen. Andere müssen ein so großes Studienpensum bewältigen, dass sie abseits des gesellschaftlichen Lebens stehen. Zwei Portraits.



Aktuell erschienen ist die GEW-Broschüre

„Jobben und Studium“. Sie gibt nützliche Tipps und praktische Informationen für Studierende, die einen Job suchen und sich ihr Studium finanzieren müssen. Eingegangen wird auf den Arbeitsvertrag, auf Sozialversicherung, Selbständigkeit und Steuern sowie auf Verdienstgrenzen und Arbeitsurlaubnis. Zu beziehen für 1,25 Euro unter [www.gew-shop.de](http://www.gew-shop.de)

## „Zu kaputt zum Lernen“

### Arbeiten, um zu studieren

„Abfahrt Donnerstag um 8 Uhr, o.k. ich bin da. Tschüss“, sagt Tom und legt den Hörer auf. „Damit muss ich schon wieder ein Referat absagen, meine Dozentin wird nicht begeistert sein.“ Noch ein Semester, in dem Tom wegen mangelnder Anwesenheit seine Scheine nicht bekommen wird. Aber was soll er machen? „Irgendwie muss ich ja meine Miete zahlen.“ Da er erst spät und über den zweiten Bildungsweg an die Uni gekommen ist, erhält er kein BAföG: „zu alt“ – und auch seine Familie unterstützt ihn nicht. „Keiner von denen hat studiert und sie verstehen nicht, warum ich das unbedingt machen will.“ Tom hat einen ziemlich coolen Job bei einem Veranstalter von Mittelalter-Märkten, wo er unter Anderem als Ritter auftritt. „Das macht schon jede Menge Spaß und das Geld stimmt auch.“ Aber da diese Veranstaltungen über die ganze Republik verstreut stattfinden, kostet das eine Menge Zeit. Zeit die dann fürs Referate halten, Arbeiten schreiben, Lernen oder nur die An-

wesenheit im Seminar fehlt. „Ich muss die Termine, die ich kriege, halt wahrnehmen. Wenn die Saison vorbei ist, verdiene ich eben nichts bis zu nächsten Frühjahr, oder so.“ Um diese Zeit zu überbrücken, jobbt er in einem Gothic-/Esoterik-Laden: „Lagerarbeiten, verkauf halt alles, was so anfällt. Viel Geld bringt das aber nicht, da nehme ich jede Schicht mit, die ich bekomme“. Wie oft er zur

Uni geht, will ich dann noch wissen. „Wenn es gut läuft: zwei Tage die Woche, aber dann auch nur für die Anwesenheit. Zum Lernen oder richtig was zu machen, bin ich meistens zu k.o.“

Das Gespräch führte Jana Fischer, BASS Sprecherin, Name auf Wunsch des Befragten geändert



Zu kaputt zum Lernen

## „Workload ist der Hammer“

### Studieren, um zu arbeiten

Energisch geht Elke in Richtung Bahnhof: „Wenn ich diesen Zug erwische, bin ich noch vor 20 Uhr zu Haus, das wäre super!“ Zeit ist der beherrschende Faktor im Gespräch. Man hat das Gefühl, Elkes Gedanken kreisen immer darum, möglichst viel Tag in ihren vollen Terminplaner zu stopfen. Sie studiert im dritten Semester Psychologie in Düsseldorf und wenn auf Familienfeiern Klischees vom faulen Studentenleben ausgepackt werden, winkt sie nur müde ab. „Der workload bei uns ist der Hammer! Ich habe 26 Semesterwochenstunden, außerdem lerne ich noch eine Sprache an der Uni, und natürlich muss ich die Seminare auch vorbereiten. Von Lerngruppen, um Referate vorzubereiten oder Experimente durchzuführen, ganz zu schweigen. „Entspan-

nung brächte da eine nette WG in Uninähe. Denn Elke muss jeden Tag über eine Stunde zur Uni fahren und abends natürlich auch wieder zurück, aber eine eigene Wohnung ist nicht drin. „Ich hab' mit Studienbeginn einen Job gesucht, um langfristig auch nach Düsseldorf ziehen zu können, um etwas Studiflair abzukriegen. Aber es ging nicht. Arbeitgeber wollen flexible Arbeitskräfte, ich bin aber jeden Tag bis 17 oder 18 Uhr an der Uni. Flexibel ist anders. Auch Kellnern habe ich ausprobiert. Aber viele Seminare fangen bei uns um 8 Uhr an, da kann ich nicht die ganze Nacht auf den Beinen sein.“ Also wird Elke wohl auch die nächsten Semester um kurz nach 6 Uhr morgens in den Zug steigen. Aber das ist für sie gar nicht das Schlimmste: „Als ich

noch zur Schule ging, habe ich nachmittags Nachhilfe gegeben und mir so was verdient. Selbst das geht nicht mehr. Also krieg ich von meinen Eltern wieder Taschengeld, das kratzt ganz schön an meinem Ego!“

Das Gespräch führte Claudia Wrobel, LASS Berlin, Name auf Wunsch der Befragten geändert



Voll eingespannt: wenig Zeit zum Leben.

# Von einer sozialen Öffnung der Hochschulen ist nichts zu spüren!

## 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks zur Lage der Studierenden

An Deutschlands Hochschulen bleibt man weiterhin unter sich. Kinder aus Akademikerfamilien haben nach wie vor wesentlich größere Chancen, ein Hochschulstudium zu absolvieren als Kinder aus Arbeiterfamilien. Auch die Finanzierung des Studiums ist für viele Studierende alles andere als sicher und zum Teil mit erheblichem Erwerbsaufwand verbunden.

Die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW) bestätigt nachdrücklich, dass die Chancen eines Jugendlichen, ein Hochschulstudium aufzunehmen, vom Bildungsabschluss und der beruflichen Stellung der Eltern abhängig sind. Schon im Schulsystem wird die ungleiche Verteilung der Möglichkeiten deutlich. Die erste Hürde, die potenzielle StudienanfängerInnen nehmen müssen, ist der Übergang in die Sekundarstufe II, der die Chance eröffnet, die Allgemeine Hochschulreife zu erlangen. Bereits hier wird deutlich, dass Jugendliche, deren Väter als selbstständige Akademiker tätig sind, mit nahezu hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit die gymnasiale Oberstufe besuchen. Dagegen schafft nur die Hälfte der Kinder, deren Väter keinen Hochschulabschluss haben, diesen Sprung. Dieses

Verhältnis wird noch krasser, wenn man einen Blick auf die soziale Herkunft der Studienanfänger wirft: Bei Kindern von AkademikerInnen liegt die Studienanfängerquote bei über 80 Prozent, bei Kindern von NichtakademikerInnen hingegen nur bei gut 20 Prozent. Die Unterschiede in der Bildungsbeteiligung sind trotz kleinerer Annäherungen in der Vergangenheit nach wie vor sehr hoch. Gemessen am Anteil in der 19- bis 24-jährigen Bevölkerung sind Kinder aus Arbeiterfamilien an den Universitäten als einzige Gruppe unterrepräsentiert, Kinder aus Beamten- oder Angestelltenhaushalten hingegen deutlich überrepräsentiert.

Auch die finanzielle Lage der Studierenden ist bedenklich. So gehen nur 60 Prozent der Studierenden von einer gesicherten Finanzierung ihres Studiums aus. 30 Prozent arbeiten neben dem Studium mehr als 16 Stunden pro Woche. Der allgemeine leichte Rückgang der studentischen Erwerbstätigkeit kann laut Sozialerhebung zum einen auf die Einführung von Gebühren für Langzeitstudierende und einem damit verbundenen geringeren Anteil Studierender zurückgeführt werden, die einen ohnehin hohen Arbeitsaufwand hatten.

Zum anderen jedoch auch auf einen steigenden Anteil an Studierenden aus sozial besser gestellten Bevölkerungsgruppen.

Diese Resultate sind alarmierend und fordern die Politik zu Entscheidungen auf, die dem aktuellen Kurs widersprechen: soziale Bildungshürden abbauen und eine gesicherte finanzielle Ausstattung der Studierenden gewährleisten – Studiengebühren sind der falsche Weg.

Andrea Britze, LASS-Sprecherin Bremen

### Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW)

- erscheint seit 1951 alle drei Jahre,
- für die aktuelle Studie wurden 17.000 Studierende befragt,
- zentrale Themen sind Hochschulzugang, Bildungsbeteiligung, Studienverlauf, Studienfinanzierung, BAföG und Erwerbstätigkeit.

Weitere Infos unter:  
[www.sozialerhebung.de](http://www.sozialerhebung.de)

## Besser geht anders

### Neues Elterngeld auch für Studierende

Seit dem 1. Januar 2007 in Kraft, soll das Elterngeld Familien finanziell besser stellen als bisher und dadurch die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, erhöhen. So die Theorie.

In der Praxis heißt das für studierende Eltern, dass sie meist nur Anspruch auf den Mindestsatz haben: zwölf Monatsbeträge à 300 Euro. Eine Erweiterung auf 14 Monate ist nicht möglich, wenn beide Elternteile studieren. Beim Erziehungsgeld gab es bis zu 24 Monaten 300 Euro. Besserstellen sieht anders aus.

Jana Fischer, BASS-Sprecherin



Studierende profitieren nicht vom Elterngeld.

## Studiengebühreninfo

Gebühreninfo WiSe 2007/08	Allgemeine Studiengebühren	Langzeitstudiengebühren/ Zweitstudium	Verwaltungs-/Einschreibe-/ Rückmeldegebühren
Baden-Württemberg	500 €	•	40 €
Bayern	100 – 500 €	•	50 €
Berlin	•	•	51,13 €
Brandenburg	•	•	51 €
Bremen	•	500 €	50 €
Hamburg	500 €	•	50 €
Hessen	500 €	500 – 900 €	50 €
Mecklenburg-Vorpommern	•	•	•
Niedersachsen	500 €	600 – 800 €	75 €
Nordrhein-Westfalen	0 – 500 €	•	•
Rheinland-Pfalz	•	650 €	•
Saarland	500 €	•	75 €
Sachsen	•	- / 30 – 450 €	25 – 150 €
Sachsen-Anhalt	•	500 €	•
Schleswig-Holstein	•	•	•
Thüringen	•	500 €	50 €

„•“ bedeutet: es gibt keine gesetzlichen Regelungen

Übersicht zusammengestellt von Fredrik Dehnerdt, BASS Sprecher, auf Grundlage von: [http://www.studentenwerke.de/pdf/uebersicht\\_Studiengebuehren.pdf](http://www.studentenwerke.de/pdf/uebersicht_Studiengebuehren.pdf)  
Weitere Infos unter: [www.studentenwerk.de](http://www.studentenwerk.de), [www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de), [www.studis-online.de](http://www.studis-online.de)

## GEW für Studiengebühren-Moratorium

### Wissenschaftskonferenz am Diemelsee

Versuchen Bund und Länder zum zweiten Mal nach dem „Öffnungsbeschluss“ von 1977, einen „Studentenberg“ zu untertunneln? Wird die Chancengleichheit beim Hochschulzugang immer mehr in Frage gestellt, müssen Studierende künftig einen immer größeren „Schuldenberg“ anhäufen, um sich ihre Ausbildung zu finanzieren? Diese Fragen zogen sich wie ein roter Faden durch die Wissenschaftskonferenz „Vom Studentenbergr zum Schuldenbergr? Perspektiven der Reform der Studien- und Hochschulfinanzierung“, die die GEW gemeinsam mit der Hans-Böckler-Stiftung und dem Deutschen Studentenwerk vom 27. bis 31. August am Diemelsee (Nordhessen) veranstaltete.

Die GEW sieht sehr günstige Voraussetzungen für folgende Forderungen von Bündnispartnern zu gewinnen.

1. Der von Bund und Ländern geschlossene „Hochschulpakt“ muss um einen „Hochschulpakt II“ erweitert werden, damit ein bedarfs- und nachfragegerechter Ausbau der Studienplätze realisiert werden kann. Bis 2014 braucht die Bundesregierung 2,7 2 Millionen

Studienplätze. Heute studieren zwei Millionen junge Menschen. Deutschland braucht in Zukunft jedoch nicht weniger, sondern deutlich mehr akademisch qualifizierte Fachkräfte.

2. Nur 18 von 100 immatrikulierten Studierenden erhalten BAföG. Um wenigstens das Förderniveau des Jahres 2001 wieder zu erreichen, müssen die BAföG-Leistungen noch 2007 um gut zehn Prozent angehoben werden. Darüber hinaus bedarf es des Einstiegs in eine Strukturreform der Ausbildungsförderung. Alle ausbildungsbezogenen Leistungen des Familienlastenausgleichs (Kindergeld und Steuerfreibeträge) sollten direkt allen Studierenden als nicht rückzahlungspflichtiger Zuschuss (Ausbildungsgeld) ausgezahlt werden. Damit wäre in der Ausbildungsförderung erstmals eine elternunabhängige Sockelförderung verankert – mit der langfristigen Perspektive eines Studienhonorars für alle Studentinnen und Studenten.

3. Um die mögliche Verbesserung der Ausbildungsförderung nicht durch Studiengebühren zu konterkarieren, müs-

sen die Länder unverzüglich ein Studiengebühren-Moratorium verhängen. Alle Gebührenpläne sind zurückzuziehen – dort, wo Gebühren bereits erhoben werden, sind diese auszusetzen.

120 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten mit Expertinnen und Experten aus Bund, Ländern, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Mit dabei waren die rheinland-pfälzische Wissenschaftsministerin Doris Ahnen (SPD), die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz Prof. Margret Wintermantel und Abgeordnete des Deutschen Bundestages ebenso wie VertreterInnen des deutschen und europäischen Dachverbands der Studierendenvertretungen fzs und ESU. Der Diemelsee war fünf Tage der Mittelpunkt der hochschulpolitischen Debatten in Deutschland. Die GEW stellte unter Beweis, dass man dabei an ihr nicht vorbei kann.

*Andreas Keller, Leiter des GEW-Organisationsbereichs Hochschule und Forschung*

Immer frische Infos für Studierende gibt es auf der Website: [www.studis-online.de](http://www.studis-online.de)

# Stipendien:

## „Nicht Lösung, sondern Teil des Problems“

### Wer hat, dem wird gegeben

**Vor und bei** der Einführung von Studiengebühren hatte die Politik ein umfassendes Stipendiensystem versprochen. Dieses gibt es bis heute nicht: Geschätzte 40.000 der zwei Millionen Studierenden erhalten ein Stipendium, wahrscheinlich weniger als die Hälfte hiervon ein BAföG-adäquates. Ein großer Teil der wenigen Geförderten stammt dabei aus Familien mit hohem Einkommen. Grund genug für unseren stipendiatischen Autor, zu argumentieren: Diese Stipendienpraxis ist antisozial und elitär – die Stipendiengelder wären in einer deutlichen BAföG-Erhöhung besser angelegt.

**Das bedeutet** konkret: Studierende aus privilegiertem Elternhaus erhalten mit mehr als doppelt so hoher Wahrscheinlichkeit ein Stipendium als jene, die es viel dringender brauchen könnten! Die derzeit rund 14.000 öffentlichen Studienstipendien sind dabei etwa BAföG-adäquat. Über die Höhe der anderen, ca. 26.000 Stipendien ist wenig bekannt – auch Einmalzahlungen oder geringe regelmäßige Bezuschussungen fallen in diese Kategorie.

**Viele der** öffentlichen Stipendien sind zudem an politische oder sonstige in-

haltliche Kriterien geknüpft. Das meint: Wer ein Stipendium erhalten will, muss in der Regel einer bestimmten Konfession nahe sein, eine bestimmte Weltanschauung oder Parteinähe besitzen.

Das schließt von vornherein Menschen aus und legt jene, die gefördert werden, auf eine bestimmte ideologische Prägung fest. Wirklich „freie“ Bildung ist etwas anderes.

**Studiengebühren schrecken** vom Studium ab. Für viele potenziell Studieninteressierte ist die Angst vor hoher Verschuldung groß. Öffentliche Stipendien wirken diesem „Abschreckungseffekt“ nicht entgegen, denn: Bewerbungsvoraussetzung ist meist, dass man bereits studiert. BewerberInnen können in der Regel erst ab dem zweiten Semester gefördert werden.

**Eine rühmliche** Ausnahme bildet die Hans-Böckler-Stiftung (HBS) der Gewerkschaften, die im Rahmen der „Aktion Bildung“ momentan auch SchülerInnen eine Stipendienbewerbung ermöglicht. AbiturientInnen sowie SchülerInnen der Abiturklassen können sich mit ihrem letzten Zwischenzeugnis bewerben. Auch Kinder aus Migrantenfamilien sollten sich aus-

drücklich zu einer Bewerbung ermutigt fühlen. Sie sollen ermutigt werden, an die Universität oder Fachhochschule zu gehen. Für die Auswahl sind soziale Bedürftigkeit und gesellschaftliches Engagement ausschlaggebend.

*Jens Wernicke, Mitglied im SprecherInnenrat der StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung*



Die Hans-Böckler-Stiftung vergibt im Rahmen der Aktion Bildung Stipendien.

**Tabelle: Studienfinanzierung durch Stipendien der Begabtenförderung nach sozialer Herkunft der Studierenden (Angaben in Prozent)**

Soziale Herkunft	Finanzierung durch Stipendien		
	teilweise	hauptsächlich	zusammen
Arbeiterschaft	1,2	0,9	2,1
Grundsicht	2,1	0,5	2,6
Mittelstand	1,8	1,2	3,0
Höhere Dienstklasse	2,6	0,9	3,5
Akademikerschaft	4,4	0,8	5,2

Quelle: Studierendensurvey 1983–2004, AG Hochschulforschung, Universität Konstanz.

Für die für read.me überarbeitete Version des Kommentars von Jens Wernicke (Änderungen mit Erlaubnis des Autors):  
<http://www.bafog-rechner.de/Hintergrund/art-647stipendienkritik.php>

#### Weitere Infos unter:

<http://www.boeckler.de/studienfoerderung/>

> Bewerbungsschluss für das Sommersemester 2008 ist der 31. Oktober 2007, Bewerbungsschluss für das Wintersemester 2008/2009 ist der 30. April 2008.

# Unzufriedenheit wächst

## Lehramtsstudierende machen mobil

Weitere Infos zur Reform der LehrerInnenbildung finden Sie unter: [www.wissenschaft.gew.de/Ausbildung\\_von\\_LehrerInnen\\_und\\_PaedagogInnen.html](http://www.wissenschaft.gew.de/Ausbildung_von_LehrerInnen_und_PaedagogInnen.html)

Seit Jahren befindet sich die LehrerInnenbildung in einem nicht enden wollenden Reformprozess. Ob Modularisierung, Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen, die Entwicklung von Kerncurricula in Erziehungswissenschaft, Fachdidaktik und Fachwissenschaft, die Einrichtung von Lehrerbildungszentren an den Hochschulen oder die Verknüpfung von erster und zweiter Phase – auf dem Prüfstand steht so ziemlich jede Facette der Ausbildung. Diskutiert und hinterfragt wird alles: für eine vermeintlich neuartige und verbesserte Ausbildung.

Gejagt vom Bologna-Prozess versagt die Kultusministerkonferenz (KMK) 'mal wieder auf ganzer Linie. Ihrer, laut Selbstdarstellung, wesentlichen Aufgabe, „durch Konsens und Kooperation in ganz Deutschland für die Lernenden, Studierenden, Lehrenden und wissenschaftlich Tätigen das erreichbare Höchstmaß an Mobilität zu sichern“, kommen die für Bildung, Wissenschaft und Kultur zuständigen MinisterInnen der Länder nicht nach. Die anhaltenden Reformen in den Lehramtsstudiengängen haben

deutschlandweit einen Flickenteppich hinterlassen. Wissen kennt – entgegen der Formulierung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) – Landesgrenzen.

Nicht weniger unrühmlich ist die Rolle einiger Landesregierungen. Der fromme Wunsch, bis zum Jahre 2010 einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum zu schaffen, wird dabei womöglich sogar erfüllt. Aus den Augen verlieren so manche PolitikerInnen jedoch die Situation vor der eigenen Haustür. Wer glaubt, dass z. B. die Modularisierung der Lehramtsstudiengänge in Hessen zu mehr Mobilität im Land geführt hätte, sieht sich getäuscht. Unterschiedliche Reformschritte, die inhaltlich und zeitlich wenig bis gar nicht aufeinander abgestimmt sind, lassen die Unzufriedenheit der Lehramtsstudierenden wachsen. Der Verzicht auf studentische Mitbestimmungsrechte, etwa beim Aufbau von Lehrerbildungszentren an den Hochschulen, trägt dazu bei. Unmut erzeugt auch, dass Lehramtsstudierende gegenüber Diplom- und Magisterstudierenden schlechter behan-

delt werden: Sie vermissen die Möglichkeit, ihre Interessen fachbereichsübergreifend – wie die LehrerInnenbildung nun mal angelegt ist – vertreten zu können.

Um ihre Rechte wahrzunehmen und die Reformen in den Ländern und an den Hochschulen zu beeinflussen, machen StudierendensprecherInnen mobil. Dabei gilt das L-Netz der Frankfurter Universität – eine Art Fachschaft der Lehramtsstudierenden – als Vorbild. An der Johann Wolfgang Goethe-Universität wählen Lehramtsstudierende zusätzlich zum Fachschafftsrat ihres Fachbereichs den Rat des L-Netzes. In Hessen wollen Studierende das Projekt jetzt auch an anderen Hochschulen umsetzen. Das Vorhaben wird auch im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) in der GEW und dem Freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) diskutiert.

*Matthias Lomb, Jugendbildungsreferent der GEW Nordhessen. Kontakt: [matthias.lomb@gew-nordhessen.de](mailto:matthias.lomb@gew-nordhessen.de)*



Studierende demonstrieren in der Frankfurter Innenstadt gegen Studiengebühren.

## Referendariatsstellen sind Mangelware

### Künftig fehlt der Nachwuchs

Immer mehr Studierende in Lehramtsstudiengängen stehen nach Beendigung ihres Studiums vor einem großen Problem: Sie bekommen keine Referendariatsplätze angeboten. Glück haben zu meist nur die Studierenden, die eines der so genannten Mangelfächer studiert haben.

Für alle Anderen bleibt nur die Hoffnung, nach einer gewissen Wartezeit einen Referendariatsplatz zugeteilt zu bekommen, oder sie begeben sich auf die Suche nach einem anderen Job. Das Warten kann jedoch mehrere Jahre dauern. Wie lange man sich gedulden muss, ist nicht klar. Versuche, diese Frage

juristisch zu klären, endeten bisher immer mit der überraschenden Übernahme der betroffenen AbsolventInnen in den Landesdienst.

Junge angehende LehrerInnen dürfen nicht schon vor Beginn ihrer beruflichen Laufbahn derart demotiviert werden. Die finanziellen Voraussetzungen für mehr Referendariatsplätze müssen geschaffen werden. Nur so kann dem prognostizierten Lehrermangel in den nächsten Jahren entgegengewirkt werden.

*Christian Kirchert, Sprecher LASS Sachsen-Anhalt*

# Das Leben aufs Spiel gesetzt

## Lehrkräfte kämpfen in Oaxaca gegen miserable Lehrbedingungen

Oaxaca liegt im Südosten Mexikos und hat etwa 3,6 Millionen EinwohnerInnen. 70 Prozent der Bevölkerung sind Indígenas, die sich in 16 verschiedene Bevölkerungsgruppen aufteilen. Gleichzeitig gehört Oaxaca zusammen mit Chiapas und Guerrero zu den drei ärmsten Bundesländern der mexikanischen Republik. Die LehrerInnen klagen über die schlechten Zustände, unter denen sie den Unterricht erteilen müssen – und setzen beim Kampf für bessere Lernbedingungen ihr Leben aufs Spiel (E&W berichtete).

Es geht nicht nur um die niedrigen Löhne, sondern auch um die mangelhafte Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Oft haben die BildungsarbeiterInnen weder Schulräume noch Unterrichtsmaterial zur Verfügung. Die sozioökonomischen Bedingungen der SchülerInnen aus diesen Gemeinden zählen zu den schlechtesten im Land. Wie in jedem Jahr haben die LehrerInnen

in Oaxaca im Mai 2006 wieder für bessere Unterrichtsbedingungen mobilisiert; dabei geht es ihnen nicht nur um Forderungen nach mehr Lohn, sondern auch um den Bau von Schulen, Lehrmaterial, Frühstück und Schuhe für die SchülerInnen. Da Oaxaca eine der repressivsten Landesregierungen Mexikos hat, sie kam per Wahlbetrug an die Macht, ist die Sympathie der Bevölkerung für diese Bewegung groß. Nachdem versucht wurde, die ersten Aktivitäten brutal niederzuschlagen und aufzulösen, entwickelte sich aus diesen Protesten die APPO (Asamblea de los Pueblos de Oaxaca). Sie forderte den Rücktritt des brutalen Gouverneurs Ulises Ruiz.

Alle, die sich mit Mexiko beschäftigen, haben viele Lehren aus diesen Erfahrungen gezogen. Eins wurde besonders deutlich: Die herrschende Klasse in Mexiko geht über Leichen, um ihre Privilegien zu verteidigen. Durch die Repression in

Oaxaca sind viele Menschen verschwunden. Andere wurden und werden nach wie vor verfolgt, inhaftiert, gefoltert und ermordet. Viele AktivistInnen können sich derzeit weder in Oaxaca noch in Mexiko aufhalten.

Die Lehrkräfte Jaquelina López und Samuel Hernandez haben im September in der BRD über die Situation in Oaxaca und Mexiko berichtet. Sie gehören zu den Menschen, für die es sozusagen ein „außergerichtliches Todesurteil“ gibt, d.h. sie können mit schlimmsten Konsequenzen rechnen, wenn sie nach Oaxaca zurückkehren.

Daniel Tapia, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Weitere Infos unter:

[www.chiapas98.de](http://www.chiapas98.de)

[www.oeku-buero.de](http://www.oeku-buero.de)



Der Oaxaca-Konflikt ist noch längst nicht beendet.

## Standpunkt

### Demonstranten klagen gegen Behandlung durch Polizei auf G8-Gipfel

Bereits vor dem G8-Gipfel deutete sich an, dass die Auseinandersetzung zwischen Demonstranten und Staat in Heiligendamm mit harten Bandagen geführt werden würde. Die als „Präventionsmaßnahmen“ etikettierten Aktionen der Polizei und die Ausschreitungen in Rostock zeigten, wohin die Reise gehen werde.

Die Bilanz nach dem Gipfel: 1146 Menschen wurden in polizeilichen Gewahrsam genommen. Viele von ihnen aus unserer Sicht rechtswidrig. Die Menschen wurden zum Teil mehr als fünf Tage, im Durchschnitt über 24 Stunden in Käfigen „verwahrt“. Neben bis zu zehnstündigen Fesselungen und 24 Stunden Lichtbestrahlung wurde häufig auch der Kontakt zu AnwältInnen verweigert.

Als Gründe für die in Gewahrsamnahmen dienten mehrheitlich das Mitführen von Kapuzenpullis und Sonnenbrillen in Rucksäcken oder ähnliche Nichtigkeiten.

Darüber hinaus kam es auf Demonstrationen und bei Festnahmen zu Übergriffen der Polizei: Bedrohungen und Morddrohungen, aber auch zu Körperverletzungen und sexuellen Übergriffen. Bei Wasserwerfereinsätzen verlor ein Mensch ein Auge, mindestens fünf weitere erlitten schwere Augenverletzungen. AnwältInnen und PressevertreterInnen wurden in ihrer Arbeit behindert und von Polizeibeamten beschimpft, bedroht und körperlich angegriffen. Das Legal Team, ein Projekt des „Republikanischen Anwalts Verein“, das die Demonstranten juristisch unterstützt, sieht hierin Repressionsmaßnahmen und Grundrechtsverletzungen. ... Demonstranten haben deshalb Klagen angestrengt .. (hier kommt noch eine Textergänzung!)

Bereits vor Heiligendamm hatten PolitikerInnen um Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) Feindbilder

und Terrorangst geschürt. Die Bundesanwaltschaft ordnete wegen des Verdachts auf Bildung einer terroristischen Vereinigung Hausdurchsuchungen an mehr als 60 Orten an. Mit diesem Vorgehen sollten die inhaltliche Kritik und die Protestbewegungen diskreditiert und kriminalisiert werden. Kritikwürdig sind zudem die nach Auffassung des Legal Temas größtenteils verfassungswidrige Verknüpfung der Polizeieinsätze mit Aktivitäten der Bundeswehr sowie der undurchsichtige Apparat, der den gesamten Einsatz befahl: genannt „Kavala“. Bund und Länder versuchen jetzt, die Verantwortung für das Agieren der „Kavala“ hin und her zu schieben. Damit sich diese Ereignisse nicht wiederholen, werden wir weiterhin die Verknüpfung von Recht und Politik analysieren und thematisieren.



Grundlagen, Praxis und Konsequenzen der „Exzellenzinitiative“

Tagung am 23./24. November 2007

Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg in Kooperation mit der GEW

## Impressum

**Herausgeber:**  
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft  
Hauptvorstand,  
Postfach 90 04 09  
60444 Frankfurt/M.  
Tel.: (069) 7 89 73-0  
Fax: (069) 7 89 73-2 01  
E-Mail: info@gew.de  
Internet: www.gew.de

**Redaktion:**  
Ulf Rödde (verantwortlich)  
Andreas Keller  
Brigitte Eschenbach  
Jana Fischer  
Timo Schmidt

**Gestaltung:**  
Werbeagentur Zimmermann GmbH, Frankfurt/M.

**Druck:**  
apm AG, Darmstadt

## Wo waren wir? Gast-Kommentar zum G8-Gipfel

Im Juni trafen sich die RegierungschefInnen der acht vermeintlich mächtigsten Staaten der Welt, um zu beraten wie sie diese nach ihren Vorstellungen noch „schöner“ machen könnten. Die Akzeptanz der so genannten G8 ist bei den Menschen sehr gering und so begleiten seit Jahren Großproteste deren Treffen. Auch 2007 bereiteten sich KritikerInnen der Globalisierung weltweit darauf vor, durch massive Proteste ihre Ablehnung gegenüber der Politik der G8 zu zeigen. Auch aus den Reihen der Gewerkschaften waren viele KollegInnen vor Ort und nahmen an Demonstrationen und Aktionen teil. Im Rahmen des Alternativ-Gipfels organisierte die DGB-Jugend einen Tag mit verschiedenen Workshops zu internationalen Gewerkschaftsstrategien. Anscheinend nicht dazugehören wollte der DGB, der sich lieber mit VertreterInnen der G8 zum Gespräch traf, statt zu den Protesten aufzurufen. Ebenfalls unglücklich verlief das Gewerkschaftscamp in Bützow. Im Gegensatz zu den selbst organisierten Camps gab es hier Imbissbuden, Eintrittskontrollen, private Security und einen Sicherheitszaun. So zog es viele KollegInnen in die internationalen Camps und nur wenige hundert hielt es in Bützow. Fazit: Gut gemeint reicht leider nicht immer. In Zukunft müssen sich die Gewerkschaften stärker in die soziale Bewegung einbringen. Wir sehen uns beim Europäischen Sozialforum 2008!

*Nicolai Schneider, Mitglied des LBJV verdi, NRW*

## Länderberichte

### Baden-Württemberg

- organisierte Sammelklagen gegen Studiengebühren unter: [www.usta.de](http://www.usta.de)
- fünfjähriges Bestehen des DGB-Hochschulinformationsbüros in Freiburg

- Gründung von weiteren HIBs ist geplant, Infos unter: [www.hib-freiburg.de](http://www.hib-freiburg.de)

### Bayern

- Popularklage – bayernweite Klage gegen Studiengebühren unter: [www.gebuehrenklage.de](http://www.gebuehrenklage.de)

### Berlin

- Volksbegehren „Für offene und demokratische Hochschulen“ unter: [www.freie-bildung-berlin.de](http://www.freie-bildung-berlin.de)

### Brandenburg:

- Berufung gegen das Urteil, das die Verhältnismäßigkeit der Rückmeldegebühren bestätigt hat

### Griechenland

- massive Proteste gegen geplante Einführung von Studiengebühren unter: <http://unistreik.does.it>

### Hamburg

- Die Hochschule für bildende Künste (HfbK) hat im Sommersemester das Boykottquorum erreicht und führt Verhandlungen: [www.boykott-hh.de](http://www.boykott-hh.de)

### Hessen

- Verfassungsklage gegen Studiengebühren, Infos unter: [www.fuer-solidaritaet-und-freie-bildung.de](http://www.fuer-solidaritaet-und-freie-bildung.de)
- Boykott der Studiengebühren im Wintersemester 2007/08 unter: [www.boykotthessen.de](http://www.boykotthessen.de)

### Nordrhein-Westfalen

- organisierte Sammelklagen gegen Studiengebühren: <http://gebuehrenzurueck.de>

## GEW-Seminare

30. November bis 2. Dezember 2007  
Professionell beraten – sozialpolitische Schulung für erfahrene BAföG-BeraterInnen und SozialreferentInnen **07/373\***

30. November bis 2. Dezember 2007  
Studium und Job I – Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht für SozialreferentInnen **07/374\***

25. bis 27. Januar 2008  
Perspektiven der Studienfinanzierung – „Bedingungsloses Grundeinkommen“ statt „mehr BAföG“? **08/376**

## 1. bis 3. Februar 2008

Von Arbeitserlaubnis bis Zulassung – zur Beratung ausländischer Studierenden **08/378\***

\* gekennzeichnete Seminare:  
60,- Euro Teilnahmegebühr  
[www.studieren.gew.de/GEW-Seminare\\_fuer\\_Studentinnen\\_und\\_Studenten.html](http://www.studieren.gew.de/GEW-Seminare_fuer_Studentinnen_und_Studenten.html)

## Anmeldung & Infos:

Brigitte Eschenbach,  
Hauptvorstand der GEW,  
Postfach 900409, 60444 Frankfurt/M.,  
Tel.: (069) 7 89 73-3 13, Fax: -103,  
[brigitte.eschenbach@gew.de](mailto:brigitte.eschenbach@gew.de)  
Kontakt zum BASS:  
[jana\\_fischer@hotmail.com](mailto:jana_fischer@hotmail.com)

# Acht Euro in NRW für Studiarbeit

## FHs unter Druck

FHs in Nordrhein-Westfalen (NRW) bezahlen den studentischen Beschäftigten seit Frühjahr 2007 acht Euro die Stunde, trotz der bundesweit üblichen Höchstgrenze für FH's von 5,52 Euro. Dies ist durch ein neues Gesetz in NRW möglich geworden. Freiwillig zahlen die FHs das Geld aber nicht: Durch die zeitaufwändigen Bachelor-Studiengänge hatten sich kaum Studierende gefunden, die für 5,52 Euro arbeiten wollten. Die Tarifinitiative für studentische Beschäftigte fordert – in Anlehnung an den Berliner Tarifvertrag – eine bundesweite tarifvertragliche Entlohnung von etwa elf Euro die Stunde.

*Jana Schröder, BASS-Sprecher, LASS NRW*

Weitere Infos unter:  
[www.tarifini.de](http://www.tarifini.de)

## Übersatz von Seite 7

---

*Martin Dolzer (Öffentlichkeitsreferent des  
Legal Team/Anwaltlicher Notdienst,  
Republikanischer Anwalts Verein)*